Der Bürgermeister Fachbereich III	Aktenzeichen					Datum 17.04.2025 öffentlich	
Beratungsfolge	Termin	TOP	Ein	Ja	Nein	Ent	Bemerkungen
Rat	22.05.2025						

Betrifft:

Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG);
hier: Einführung einer Bezahlkarte

Beschlussentwurf:

Nach Kenntnisnahme des Sachverhaltes beschließt der Rat der Gemeinde Inden von der Opt-Out Regelung Gebrauch zu machen und die Bezahlkarte (vorerst) nicht einzuführen.

Begründung:

Auf die Vorlage Nr. 274/2024 sowie die Niederschrift zur SSK-Sitzung am 20.11.2024 wird verwiesen. Ebenso auf die Mitteilungsvorlage 23/2025 sowie die Niederschrift zur SSK-Sitzung am 19.03.2025.

Mit Email vom 15.04.2025 (Anlage 1) hat die Bezirksregierung Köln eine verbindliche Abfrage zur Teilnahme am System gestellt. Frist zur Rückmeldung ist der 31.05.2025. Ebenso wurde die dann zu schließende Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Kommunen beigefügt (Anlage 2).

Sofern die Bezahlkarte nicht eingeführt werden und die sog. „Opt-Out Regelung“ greifen soll, ist ein Ratsbeschluss erforderlich. Siehe folgenden § 4 der Verordnung:

Opt-Out Regelung

- (1) Die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband kann abweichend von den Regelungen dieser Verordnung beschließen, dass die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte erbracht werden.
- (2) Der Beschluss wirkt auf den Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung zurück, es sei denn, er wird nur mit Wirkung für die Zukunft gefasst.

Zum inhaltlichen und zu bis dahin nicht geklärten, offenen Fragen hat der Städte- und Gemeindebund am 24.03.2025 mittels Schnellbrief weitere Erläuterungen zur Bezahlkarte gegeben.

Kurz zusammengefasst kann folgendes gesagt werden:

- Es sind noch immer nicht alle Fragen zum Umgang mit der Bezahlkarte beantwortet.

- Das Ministerium teilt mit, dass am System nur in Gänze teilgenommen werden kann – eine teilweise OptOut-Regelung, die einige Kommunen ins Auge gefasst hatten, scheidet somit aus-, da ansonsten auch keine Dienstleisterkosten vom Land übernommen werden. Welche Kosten bei der Kommune verbleiben wurde auch noch nicht gesagt.
- Das Land hat eingesehen, dass die Einführung der Bezahlkarte einen hohen Aufwand bei den Kommunen mit sich bringt und daher die Einführung bei der Gruppe der sog. Analogleistungsbezieher (das sind die, die schon länger als 36 Monate hier sind und nach dem SGB unterstützt werden) mit einer Fristverlängerung bis zum 31.12.2027 versehen hat. Alle anderen (und das ist die größere Anzahl) müssten nach wie vor bis Ende des Jahres die Bezahlkarte erhalten.

Die Entscheidung kann auch zu einem späteren Zeitpunkt rückgängig gemacht werden. Ggfls. kann auch in Erwägung gezogen werden, die Opt-Out Regelung zu nutzen, um „Startschwierigkeiten und Kinderkrankheiten“ abzuwarten und die Einführung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Der Beschluss hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:		☐ ja	☒ nein
wenn ja:	Finanzierungsbedarf gesamt:	€	
	davon: im Haushalt des laufenden Jahres	€	
	in den Haushalten der folgenden Jahre		
	erstes Folgejahr	€	
	zweites Folgejahr	€	
	drittes Folgejahr	€	
Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung:		☐ ja	☐ nein
wenn ja:	Produkt:		
	Sachkonto:		
wenn nein:	Finanzierungsvorschlag:		

_____
Aufgestellt

_____
Stefan Pfenning
Bürgermeister

_____
Frank Heidebüchel
Fachbereichsleitung

_____
Michael Linzenich
Kämmerer

Anlage(n):

- (1) Anlage 1 - Email BezReg vom 15.04.2025
- (2) Anlage 2 - Verwaltungsvereinbarung Bezahlkarte_final